

Frankreich

Joachim Schild

Die prägende politische Entwicklung im Frankreich des Jahres 2014 war ohne Frage die dramatische Erosion der Macht- und Vertrauensbasis von Staatspräsident François Hollande, seiner Regierung und der sie tragenden Parti socialiste (PS). Kein Präsident der V. Republik hat je geringere Zustimmungswerte in der öffentlichen Meinung erhalten als Hollande. Zuletzt gaben im September 2014 je nach Umfrageinstitut gerade noch 13-19 Prozent der Franzosen an, Vertrauen in seine Fähigkeit zu besitzen, den Problemen des Landes effektiv zu begegnen.¹ Sein Autoritätsverfall auch in den Reihen der Sozialisten ist beispiellos. Zwei Regierungsumbildungen – der Austausch von Premierminister Jean-Marc Ayrault zugunsten von Manuel Valls nach dem Desaster der Sozialistischen Partei bei den Kommunalwahlen im März 2014 sowie die neuerliche Umbildung der Regierung Valls Ende August 2014 nach der offenen Kritik der Minister und Vertreter der Parteilinken, Arnaud Montebourg und Benoît Hamon, am wirtschaftspolitischen Kurs von Staatspräsident und Regierung – haben die innenpolitische Macht- und Unterstützungsbasis der französischen Regierung weiter geschmälert. Und die regierende Sozialistische Partei ist nach ihren historischen Niederlagen bei der Kommunalwahl im März sowie der Europawahl 2014 im Mai tief verunsichert und gespalten. Sie bildet kaum noch eine verlässliche Mehrheitsstütze für die Regierung in der Nationalversammlung.

Gleichzeitig riss die Serie von schlechten Wirtschaftsnachrichten nicht ab. Statt des von Staatspräsident Hollande mehrfach angekündigten Wirtschaftsaufschwungs, gepaart mit einer Trendwende am Arbeitsmarkt, verzeichnete Frankreich in der ersten Jahreshälfte 2014 zwei Quartale mit Nullwachstum sowie neue Rekordzahlen in der Arbeitslosenstatistik. Und die Regierung musste eingestehen, dass vor 2017 nicht mit einem Unterschreiten der 3-Prozent-Marke öffentlicher Defizite im Haushalt zu rechnen sei – ein eklatanter europapolitischer Glaubwürdigkeitsverlust. Ohne harte Wirtschafts- und Sozialreformen wird Frankreich sein Wirtschafts- und Wachstumsmodell nicht erneuern können. Wie diese angesichts der innenpolitisch äußerst labilen Situation durchgesetzt werden könnten, ist momentan kaum erkennbar. Frankreich befindet sich derzeit in einer tiefen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise, wie sie die V. Republik bislang nicht kannte.

Europawahlen 2014: Schrumpfende Machtbasis des Präsidenten

Schon im Vorfeld der Europawahlen machten die Kommunalwahlen im März 2014 deutlich, auf wie wenig Unterstützung die Sozialisten nach knapp der Hälfte der Amtsperiode ihres Präsidenten und der Legislaturperiode der Nationalversammlung noch rechnen können. Die PS verlor 151 Städte über 10.000 Einwohner, 142 gewann die bürgerliche Konkurrenz Union pour un mouvement populaire (UMP), während der Front national unter Marine Le Pen mit seinen Verbündeten 11 Städte erobern konnte.

¹ Vgl. Le Monde vom 6.9.2014, S. 6: „Vent de panique au sommet de l'Etat“.

Auch die Europawahlen 2014 bescherten den Sozialisten eine Niederlage. Sie kamen gerade einmal auf 14 Prozent der Stimmen, das schlechteste landesweite Ergebnis bei Wahlen, das die PS je zu verzeichnen hatte. Berücksichtigt man die geringe Wahlbeteiligung von 42 Prozent, so kann man feststellen, dass nur 6 Prozent der Wahlberechtigten die regierenden Sozialisten gewählt haben.

Anders als bei den Kommunalwahlen kam die Wahlniederlage der Sozialisten bei den Europawahlen nicht in erster Linie der gemäßigten, sondern der extremen Rechten, dem Front national, zugute. Dieser Partei gelang es damit erstmals bei einer landesweiten Wahl zur stärksten Partei Frankreichs zu werden (siehe Tabelle 1) – und dies mit einem komfortablen Abstand von vier Prozentpunkten zur zweitplatzierten UMP. Dies verdeutlicht das Ausmaß der innenpolitischen Verwerfungen, die Frankreich derzeit erlebt. Addiert man die Ergebnisse des Front national und der Linksfrente aus der kommunistischen und der Linkspartei (Front de gauche), so kommt man auf rund 31 Prozent Stimmen zugunsten klar euroskeptischer politischer Kräfte bei diesem Urnengang.

Tabelle 1: Ergebnisse der französischen Europawahlen 2014

Listenname	Stimmenanteil 2014 (%)	Gewinne / Verluste 2014 zu 2009	Sitze 2014	Differenz Sitze 2014 zu 2009	EP-Fraktion
Listes Front de Gauche	6,3	+0,3	3	-1	GUE/NGL
Listes du Parti socialiste (PS) / Union de la Gauche	14,0	-2,5	13	-1	S&D
Listes Divers Gauche	3,2	+2,7	1	+/-0	GUE/NGL
Listes des Europe Ecologie– Les Verts	9,0	-7,3	6	-8	Grüne/EFA
Listes Centre-MoDem / Union du Centre	9,9	+1,5	7	+1	ALDE
Listes Union pour une Mouvement Populaire (UMP)	20,8	-7,1	20	-9	EVP
Listes Divers droite	6,0	-0,8	0	-1	EFDD
Listes Front National	24,9	+18,6	24	+21	fraktionslos

Quellen: Ministère de l'Intérieur; Europäisches Parlament.

Abkürzungen EP-Fraktionen: GUE/NGL: Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken; S&D: Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten; Grüne/EFA: Die Grünen/Europäische Freie Allianz; ALDE: Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa; EVP: Fraktion der Europäischen Volkspartei; EFDD: Europa der Freiheit und der direkten Demokratie.

Dieser Bedeutungsgewinn euroskeptischer Parteien bei den Europawahlen spiegelt die Entwicklung eines gewachsenen Euroskeptizismus in der öffentlichen Meinung wider. Eine IPSOS-Steria-Umfrage vom Mai 2014 ließ eine große und gewachsene Unterstützung von Renationalisierungsmaßnahmen erkennen. So befürworteten fast zwei Drittel der Befragten die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten (65% unterstützten die Aussage „Die Europäische Union sollte Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten wieder einführen“, 35% waren dagegen) und 72% stimmten der Aussage zu, dass die „Entscheidungsbefugnisse unseres Landes verstärkt werden müssen, auch wenn dies diejenigen Europas begrenzt“, während sich nur 21% für eine Stärkung der Entscheidungsbefugnisse der EU zu Lasten der französischen aussprachen.²

2 Vgl. Le Monde vom 20.5.2014, S. 2: „En France, l'eurosepticisme marque des points“.

Vor dem Hintergrund dieses euroskeptischer gewordenen Meinungsbilds profilieren sich auch ambitionierte Nachwuchspolitiker mit euroskeptischen Tönen, so etwa der Ex-Europaminister Laurent Wauquiez (UMP). Er brachte den Ausstieg Frankreichs aus dem Schengenraum ins Spiel und plädierte in einem Anflug von Nostalgie für eine Rückkehr zum Europa der Sechs.³ Hier deutet sich ein neuerlicher Bedeutungsgewinn einer innerparteilichen Spaltung der UMP in Europafragen an, die die Neogaullisten in den 1990er Jahren nach den Auseinandersetzungen um den Vertrag von Maastricht über Jahre geprägt hat.

Das Wahlergebnis hat nicht nur innenpolitische Schockwellen ausgelöst, es schwächt Frankreich auch auf europäischer Ebene. Die politische Schwäche des Präsidentenlagers unterminiert die Autorität, mit der Frankreichs Vertreter, zuvörderst der Präsident selbst, auf europäischer Ebene im Rat und Europäischen Rat auftreten können. Auch auf parlamentarischer Ebene ist ein weiterer Verlust des Einflusses der 74 französischen Abgeordneten im Europäischen Parlament zu beobachten. Nach dem Ausscheiden von Daniel Cohn-Bendit (Europe Ecologie-Les Verts, EELV) und Joseph Daul (UMP) ist kein französischer Abgeordneter im neugewählten Europäischen Parlament mehr Vorsitzender einer Parlamentsfraktion, während deutsche Abgeordnete mit Martin Schulz (SPD) den Präsidenten des Parlaments und nicht weniger als drei Fraktionsvorsitzende stellen: Manfred Weber (CSU) für die EVP, Rebecca Harms (Bündnis '90/Die Grünen) als eine der beiden Kovorsitzenden der Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz und Gabi Zimmer (Die Linke) für die Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke. In den großen Fraktionen spielen die Vertreter der französischen gemäßigten Linken und Rechten allenfalls die zweite Geige. So bilden die französischen Sozialisten mit 13 Abgeordneten in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten nur die sechststärkste nationale Delegation, können mit Sylvie Guillaume gleichwohl eine Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments stellen.⁴ Auch die siegreiche Front national bleibt im Parlament einflusslos. Marine Le Pen wurde bei ihrem Versuch, eine Fraktion zu konstituieren, von Nigel Farage von der britischen UKIP ausmanövriert.

Die historischen Wahniederlagen der regierenden Linken bei den Kommunal- und Europawahlen ließen die Machtbasis von Präsident und Regierung schrumpfen. So zogen sich die Grünen (Europe Ecologie-Les Verts) nach der Kommunalwahl im März aus der Regierung zurück. Auch die Unterstützungsbasis für die Regierungspolitik seitens der sie tragenden Parti socialiste bröckelt. 11 sozialistische Nationalversammlungsabgeordnete verweigerten dem neuen Premierminister Valls am 8. April 2014 in einer Vertrauensabstimmung die Unterstützung. Anlässlich der parlamentarischen Abstimmung über das an Brüssel übermittelte Stabilitätsprogramm 2014 mit den Haushaltsplanungen für die nächsten drei Jahre und den damit verbundenen Einsparanstrengungen zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts enthielten sich am 29. April gar 41 sozialistische Abgeordnete, 3 stimmten dagegen.⁵

Kritische Äußerungen zur Austeritätspolitik des Wirtschafts- und Industrieministers Arnaud Montebourg und des Erziehungsministers Benoît Hamon, die nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf die Politik des französischen Präsidenten und der eignen Regierung abzielten, führten im August 2014 zur Regierungsumbildung.⁶ Die beiden Wort-

3 Vgl. *Le Monde* vom 11.10.2013, S. 6: „Laurent Wauquiez veut remettre en cause les accords de Schengen“.

4 Vgl. *Le Monde* vom 5.7.2014, S. 4: „La France de moins en moins influente au Parlement européen“.

5 Vgl. die Übersicht über das Stimmverhalten der „Frondeure“ bei wichtigen Parlamentsabstimmungen im Jahr 2014 in *Le Monde* vom 5.9.2014, S. 6: „Manuel Valls en quête de confiance“.

führer des linken PS-Flügels mussten den Hut nehmen. Dies trägt gewiss zur Klärung der wirtschafts- und europapolitischen Linie des Landes bei und minimiert die Reibungsflächen mit Brüssel. Der Industrieminister Montebourg hatte sich wiederholt auf Kollisionskurs mit der EU-Kommission befunden, etwa wenn er deren Wettbewerbspolitik einen „ideologischen Fundamentalismus“ vorwarf und Beamte der Wettbewerbsgeneraldirektion gar als „Taliban des Rechts“ titulierte.⁷

Prinzipiell bestünde nach der Regierungsneubildung die Möglichkeit, ein kohärenteres wirtschafts-, haushalts- und europapolitisches Programm zu formulieren. Die mit dem Rauswurf der beiden Minister verbundene innenpolitische Klärung schwächt aber auch die politische Unterstützungsbasis des Präsidenten. Da die PS-Fraktion derzeit (ohne die gemäßigt linke Parti radical de gauche) nur noch eine absolute Mehrheit von einem Sitz in der Nationalversammlung besitzt, ist sie fallweise auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen. Bei der Vertrauensabstimmung am 16.9.2014 nach der Regierungsumbildung verweigerten 31 sozialistische Abgeordnete der Regierung das Vertrauen. Die Europapolitik und die EU-regelkonforme Wirtschafts- und Haushaltspolitik werden innerparteilich zunehmend zum Prüfstein und Abgrenzungsmerkmal zwischen den Strömungen und Lagern der zerrissenen und orientierungslos wirkenden Partei. Nur die Angst vor einer empfindlichen Niederlage der Sozialisten bei möglichen Neuwahlen wirkt innerhalb der Parlamentsfraktion noch disziplinierend. Präsident und Regierung werden künftig wohl verstärkt das volle Instrumentarium des „rationalisierten“ Parlamentarismus einsetzen, um die Abgeordneten der Mehrheitsfraktionen zu disziplinieren, indem sie wichtige Abstimmungen – etwa über das jährlichen Haushaltsgesetz – mit der Vertrauensfrage verknüpfen (nach Art. 49, Abs. 3) und sich vom Parlament in bestimmten Bereichen zur Gesetzgebung auf dem Verordnungswege (mit „Ordonnanzen“ nach Art. 38, Abs. 1 der Verfassung) ermächtigen lassen.

Haushaltspolitik als Dauerreibungsfläche mit Brüssel

Eine Schwächung des europapolitischen Standings von Präsident und Regierung ergibt sich nicht nur aufgrund der zerbröckelnden innenpolitischen Unterstützung ihres Kurses. Sie ergibt sich auch aus dem wachsenden Verlust an Glaubwürdigkeit der französischen Haushaltspolitik.⁸ „Frankreich wird sein Wort halten. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit Frankreichs“, erklärte Pierre Moscovici der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegenüber im Januar 2013 mit Blick auf das Zieldatum 2015 zur neuerlichen Einhaltung der 3-Prozent-Defizitmarke.⁹ Davon ist die französische Regierung derzeit weit entfernt.

Frankreich befindet sich seit Mai 2009 im Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits (Ratsentscheidung über die Existenz eines übermäßigen Defizits vom 27. April 2009). Die Deadline für dessen Korrektur war ursprünglich 2013. Die EU-Kommission gewährte Frankreich aufgrund der schwachen Konjunktur einen Aufschub um zwei Jahre bis 2015. Paris hat diese Zeit aber nicht genutzt und war insbesondere nicht zu beherzten Einschnitten auf der Ausgabenseite bereit. Steuererhöhungen sind in Anbetracht der rekordverdächtigen Höhe der Steuern- und Abgabenlast (Staatsquote von 57 Prozent des BIP, nach Dänemark der höchste

6 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.8.2014, S. 19: „Französische Minister attackieren Merkel“.

7 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.1.2014: „Frankreich will europäische Fesseln loswerden“.

8 Wenig registriert von der Öffentlichkeit, senkte Standards & Poor's die Bonitätsbewertung französischer Staatsanleihen im November 2013 von AA+ auf AA; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.11.2013, S. 14: „S&P senkt die Bonitätsnote von Frankreich“.

9 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.9.2014, S. 19: „Blasser Technokrat“.

Wert in der EU) ohnehin keine Option, da derzeit ohne Steuerrebellion politisch kaum durchsetzbar. Paris kündigte zwar Einsparungen von 50 Mrd. Euro im Zeitraum 2015-2017 an (davon 21 Mrd. in 2015, 16 Mrd. in 2016 und 13 Mrd. in 2017).¹⁰ Es handelt sich dabei aber keineswegs um nominale Budgetkürzungen, sondern um Einsparungen im Vergleich zu einem „Business-as-usual-Szenario“. Erstmals seit den 1970ern Jahren wird damit jedoch zumindest eine Ausgabenstabilisierung in realen Größen erreicht. Eine vollständige Umsetzung der Ankündigungen hätte eine Verringerung des strukturellen (konjunkturbereinigten) Defizits um 7 Prozentpunkte des BIP zwischen 2012 und 2017 ergeben.¹¹ Obwohl der Rat zuletzt in seiner Empfehlung an Frankreich vom 8.7.2014 noch „erhebliche Konsolidierungsanstrengungen“ angemahnt hatte, sah sich Finanzminister Michel Sapin im September 2014 gezwungen, eine neuerliche Zielverfehlung einzuräumen. Im Jahr 2014 rechnet die Regierung aufgrund deutlich hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Steuereinnahmen mit einem Defizit von 4,4 Prozent des BIP – statt 3,8%, wie im Stabilitätsprogramm nach Brüssel gemeldet. Das entspricht sogar einer Erhöhung des Defizits im Vergleich zu 2013 (4,3%). Auch 2015 soll das gesamtstaatliche Defizit nur minimal auf 4,3% des BIP sinken, so Finanzminister Sapin in einer Pressekonferenz am 10.9.2014.¹² Die seit 2012 verfolgte haushaltspolitische Strategie der französischen Linksregierung ging offenkundig nicht auf. Sie setzte darauf, dass die in den ersten beiden Jahren erfolgten Steuererhöhungen zur Defizitreduktion weniger wachstumshemmend wirken als Ausgabenkürzungen, die sie für die zweite Hälfte ihrer Amtszeit plante, unter der Annahme, dass der Wachstumsmotor dann wieder angesprungen sei. Diese Annahme erwies sich jedoch als falsch.

Die Einhaltung der 3-Prozent-Marke wurde von Finanzminister Sapin inzwischen auf 2017 verschoben – das Jahr, für das Frankreich in seinem nach Brüssel übermittelten Stabilitätsprogramm vom April 2014 eigentlich die Rückkehr zu einem strukturell (konjunkturbereinigt) ausgeglichenen Haushalt angekündigt hatte.¹³ Damit ist die lange Liste der gebrochenen Versprechen in der Haushaltspolitik um einen Eintrag länger geworden. Kaum je konnte Paris die im Rahmen der jährlich fortgeschriebenen Stabilitätsprogramme an Brüssel übermittelten Konsolidierungsziele einhalten. Damit untergräbt Frankreich nicht nur die eigene europapolitische Glaubwürdigkeit, sondern auch das Regelwerk des erst 2011 reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts. Wiederholt plädierten Präsident und Finanzminister für eine „flexible“ Interpretation des Pakts, ohne seine Bestimmungen direkt in Frage zu stellen. De facto läuft diese Politik jedoch auf dessen Schwächung bis zur Bedeutungslosigkeit hinaus. Als Begründung für die Verschiebung der Konsolidierungsziele wurde einerseits die Wirtschaftsstagnation in der ersten Jahreshälfte 2014 angeführt, andererseits die geringer als erwartet ausfallende Inflation, die die reale Einsparwirkung des Einfrierens einer Reihe von Sozialleistungen sowie der Dienstbezüge von Beamten mindert.¹⁴

Bei ihren Bemühungen um eine „flexiblere“ Interpretation der europäischen Defizit- und Schuldenregeln kann Frankreich nicht mit der Unterstützung der Bundesregierung rechnen. So stellte Bundesfinanzminister Schäuble anlässlich seines Besuchs bei seinem Pariser

10 Vgl. République française: Programme de stabilité 2014-2017, Paris April 2014, S. 3 ; URL: www.economie.gouv.fr/files/programme-stabilite2014.pdf.

11 Vgl. Ben Clift: The Hollande Presidency, the Eurozone Crisis and the Politics of Fiscal Rectitude, Speri Paper No. 10, University of Sheffield, März 2014.

12 Vgl. Le Monde vom 11.9.2015, S. 6: „Budget 2015: l'exécutif dos au mur“.

13 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.9.2014, S. 17: „Frankreich verfehlt wieder seine Sparziele“.

14 Siehe etwa den Meinungsbeitrag von Finanzminister Michel Sapin in Le Monde vom 15.8.2014, S. 16: „Pourquoi il faut réorienter les politiques économiques européennes“.

Amtskollegen Michel Sapin im August 2014 unmissverständlich klar, „dass Debatten über eine unbeschränkte Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes uns nicht weiterbringen. Nach den schlechten Erfahrungen, die wir vor zehn Jahren mit der Aufweichung des Paktes gemacht haben, sollten wir denselben Fehler nicht wiederholen. Alleine schon die Debatte über Lockerungen und Aufweichungen ist hoch gefährlich“.¹⁵ Auch ermahnte er den französischen Partner, zugesagte Wirtschaftsreformen auch tatsächlich umzusetzen. Ähnlich fordert auch der Rat in seiner jüngsten Empfehlung an die französische Regierung vom 8.7.2014: „eine glaubwürdige Umsetzung ehrgeiziger Strukturreformen“,¹⁶ war doch der Frankreich gewährte Aufschub in puncto Defizitreduktion von Rat und Kommission nur im Kontext eines politischen Deals gewährt worden, im Rahmen dessen Frankreich konsequente Strukturreformen zu liefern hat.

Den Kurs der Ausgabenstabilisierung wird die französische Regierung fortsetzen, d.h. neue öffentliche Ausgaben zur Wachstumsstimulierung sind nicht geplant. Ebenso wenig fasst die Regierung Valls allerdings auch eine ernsthafte staatliche Aufgabenkritik und schmerzhaft Einschnitte in die öffentlichen Haushalte ins Auge. Von einer „Austeritätspolitik“, die Kritiker der Regierung vorwerfen, kann bei einer Staatsquote von 57 Prozent und lediglich stabilisierten Ausgaben nicht die Rede sein.

Angesichts des prinzipiellen, wenngleich zeitlich gestreckten Festhaltens an einer Politik der Haushaltskonsolidierung ergibt sich ein Widerspruch zwischen der nationalen französischen Haushaltspolitik und der vehementen Kritik an der „blinden Austeritätspolitik“ in der EU, wie sie etwa Staatspräsident Hollande in einem Zeitungsartikel äußerte.¹⁷ Seine Forderung nach einem Wachstumsgipfeltreffen der Eurozone im Herbst 2014 dient nicht zuletzt dazu, Flexibilitätsspielräume bei der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu diskutieren.¹⁸ Um politische Unterstützung für seine europapolitische Agenda zu mobilisieren, lud er im Juni und August 2014 zu zwei Treffen sozialistischer/sozialdemokratischer Mitglieder des Europäischen Rates vor dessen Tagungen nach Paris ein. Der designierte Kommissionspräsident Juncker kann mit seiner Idee eines Wachstumsprogramms im Umfang von 300 Mrd. Euro ebenfalls als möglicher Verbündeter Hollandes gelten.

Deutsch-französische Beziehungen

Paris und Berlin waren nach der Bildung der Großen Koalition im Dezember 2013 sichtlich bemüht, die Kontakte zu intensivieren und neue Felder der Zusammenarbeit zu erschließen bzw. bestehende Kooperationen zu vertiefen. Die ohnehin engen Beziehungen zwischen Finanzminister Schäuble und seinem französischen Amtskollegen Pierre Moscovici konnten beide in der Endphase der Ratsverhandlungen über Kernbestandteile der Bankenunion nutzen, um die EU-Entscheidungen durch enge bilaterale Konsultationen und Abstimmung solide vorzubereiten.¹⁹ Ohnehin waren Frankreich und Deutschland die zentralen Akteure mit häufig widerstreitenden Positionen in den Verhandlungen über die

15 Rede von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble anlässlich der Sommeruniversität des französischen Unternehmensverbands MEDEF in Paris am 27.8.2014, URL: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2014/2014-08-27-MEDEF-2014.html>.

16 Vgl. die Empfehlung des Rates vom 8. Juli 2014 zum nationalen Reformprogramm Frankreichs 2014 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Frankreichs 2014, Amtsblatt der Europäischen Union, 29.7.2014, C247/47.

17 Vgl. François Hollande: „L'Europe que je veux“, in: *Le Monde* vom 9.5.2014, S. 15.

18 Vgl. *Le Monde* vom 30.8.2014, S. 3: „En Europe, les sociaux-démocrates veulent peser face à Angela Merkel“.

19 Vgl. *Le Monde* vom 20.12.2013, S. 3: „Un compromis au forceps sur l'union bancaire“.

zentralen Elemente der Bankenunion.²⁰ Als weitere Achsen der bilateralen Zusammenarbeit im EU-Rahmen zeichneten sich rasch Außen- und Verteidigungspolitik, die Energiepolitik und die europäische Wachstumsförderung ab.

In der Außenpolitik verabredeten Außenminister Laurent Fabius und sein deutscher Amtskollege Frank-Walter Steinmeier eine intensivere bilaterale Abstimmung vor allen Tagungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten. Auch unternahm sie gemeinsame Auslandsreisen nach Georgien, die Republik Moldau und Tunesien.²¹ Immer wieder war auch seitens Berlins auf Außenminister- wie Kanzlerebene das Bemühen erkennbar, Paris in die Krisendiplomatie im Ukraine-Russland-Konflikt eng einzubeziehen, auch wenn Deutschland erkennbar die sehr viel aktivere Rolle zufiel.

Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian verständigte sich mit seiner deutschen Amtskollegin Ursula von der Leyen auf eine Weiterentwicklung der 1987 ins Leben gerufenen Deutsch-Französischen Brigade, nachdem die französische Seite 2013 beschlossen hatte, die in Donaueschingen stationierten und zur gemeinsamen Brigade gehörigen 1.200 französischen Soldaten des 110. Infanterieregiments aus Deutschland abzuziehen.²² 250 Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade wurden im Rahmen einer EU-Ausbildungs- und Beratungsmission für die Streitkräfte in Mali eingesetzt, der erste EU-Einsatz der Brigade. Die Stärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bildete auch einen der Schwerpunkte des 16. Deutsch-Französischen Ministerrates am 19.2.2014 in Paris. François Hollande hat seine Erwartungen an eine aktivere internationale Rolle Deutschlands auf politischer, militärischer und finanzieller Ebene klar formuliert.²³

Dem französischen Versuch, die EU-Partner und damit nicht zuletzt Deutschland an den Kosten seiner Militärintervention Sangaris in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) zu beteiligen, war wenig Erfolg beschieden.²⁴ Deutschland verweigerte eine finanzielle Unterstützung dieser französischen Mission, da diese in nationaler französischer Verantwortung gestartet wurde und keine EU-Mission sei. Die französische Idee eines gemeinsamen, dauerhaften Fonds zur Finanzierung von Missionen des militärischen Krisenmanagements war auf dem Europäischen Rat vom 19.-20.12.2013 nicht konsensfähig.²⁵ Allerdings konnte Frankreich eine EU-Mission in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR RCA) zur Sicherung der Hauptstadt Bangui und deren internationalen Flughafens durchsetzen, die seitens Deutschlands mit 80 Soldaten unterstützt wird. Diese sind für den strategischen Verwundetentransport per Flugzeug verantwortlich.

Beide Länder arbeiteten im Herbst 2014 auch an gemeinsamen Vorschlägen zur europäischen Wachstumsförderung, insbesondere durch Ankurbelung der privaten Investitionstätigkeit, etwa dank einer Ausweitung der Aktivitäten und Kreditvergabe seitens der Euro-

20 Vgl. David Howarth und Lucia Quaglia: Banking Union as Holy Grail: Rebuilding the Single Market in Financial Services, Stabilizing Europe's Banks and 'Completing' Economic and Monetary Union, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 51, Annual Review, S. 103-133, insbes. S. 111-114.

21 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22.1.2014, S. 1: „Berlin und Paris wollen Beziehung ‚neuen Schwung‘ geben“.

22 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1.11.2013, S. 4: „Paris zieht Soldaten aus Deutsch-Französischer Brigade ab“.

23 Vgl. *Le Monde* vom 5.8.2014, S. 6: „Ce que Hollande demande à l'Allemagne“; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7.8.2014, S. 17: „Berlin zeigt Paris die kalte Schulter“.

24 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10.12.2013, S. 1: „Paris will Partner an Kosten für Militärmission beteiligen“.

25 Vgl. *Le Monde* vom 18.12.2013, S. 3: „Les Européens sont réticents à financer les actions militaires“.

päischen Investitionsbank (EIB).²⁶ Die Aufforderung von Staatspräsident Hollande an die deutsche Regierung, durch stärkere Investitionen das Wachstum zu fördern, stieß in Berlin aber auf taube Ohren. Zu sehr war die Bundesregierung in ihrer Haushaltspolitik auf das Erreichen einer „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt für 2015 fixiert. Eine Absage erteilte Wolfgang Schäuble auch zwei Kernanliegen der französischen Regierung im Umgang mit den Folgen der Eurozonenkrise, nämlich ihrem Drängen auf weitere Lockerung der Geldpolitik der EZB sowie einer Schwächung des Eurowechselfurses mit dem Ziel, die Exportchancen von Unternehmen aus der Eurozone in Drittländern zu erhöhen. Geldpolitik, so der Bundesfinanzminister, könne lediglich Zeit für notwendige Reformen kaufen und „Wechselkursmanipulationen haben noch nie zu nachhaltigem Wachstum geführt.“²⁷

Eine Reihe von deutsch-französischen Initiativen und Impulsen ließen sich auf dem Feld der Energiepolitik und Energiewende zu beobachten. Schon im Kontext des Elysée-Vertragsjubiläums im Januar 2013 war das „Deutsch-Französische Büro für erneuerbare Energien“ als Nachfolger einer bilateralen „Koordinierungsstelle Erneuerbare Energien“ gegründet worden. Als weiteres Feld für verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit plädierte François Hollande für die Gründung eines „großen deutsch-französischen Unternehmens für die Energiewende“ (transition énergétique) nach dem Vorbild von Airbus. Dieser Vorschlag blieb aber eher vage und stieß in Berlin zunächst auf Skepsis. Eine deutsch-französische Arbeitsgruppe soll jedoch ein Arbeitsprogramm entwickeln, um wissenschaftlich-technische Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, und eine deutsch-französische Plattform soll Industrie- und Technologiepartnerschaften in den Bereichen Netze, erneuerbare Energien, Stromspeicherungstechniken und Energieeffizienz fördern.²⁸ Auch formulierten die beiden Regierungen gemeinsame Positionen im Hinblick auf die Kommissionsvorschläge zur Fortschreibung der klimapolitischen Ziele und Instrumente bis 2030.²⁹

Trotz dieser spürbaren atmosphärischen Verbesserungen in den deutsch-französischen Beziehungen bleiben erkennbare Differenzen im Umgang mit der Verschuldung öffentlicher Haushalte in der Eurozone und unterschiedliche Prioritätensetzungen zugunsten tiefgreifender Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf deutscher Seite und Forderungen nach raschen Wachstumsinitiativen durch Verstärkung der Investitionstätigkeit und durch eine noch weiter gelockerte EZB-Geldpolitik auf französischer Seite.

Weiterführende Literatur

Ben Clift: The Hollande Presidency, the Eurozone Crisis and the Politics of Fiscal Rectitude, Speri Paper No. 10, University of Sheffield, März 2014.

Joachim Schild: Frankreichs steiniger Weg zur Haushaltskonsolidierung. In: Frankreich-Jahrbuch 2013, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut (Ludwigsburg). Wiesbaden 2014, S. 81-99.

Pawel Tokarski: Economic Reforms in France. Bleak Macroeconomic Data Is Shaking Politics in Paris and Cementing France's Traditional Approach towards the Economic and Monetary Union, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Comments 39, September 2014.

26 Vgl. Le Monde vom 11.9.2014, *Entreprise & Economie*, S. 3: „Le projet de Paris et Berlin pour doper la croissance“.

27 Vgl. Rede von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble anlässlich der Sommeruniversität des französischen Unternehmerverbands MEDEF in Paris am 27.8.2014; vgl. auch Le Monde vom 30.8.2014, S. 8: „La leçon de bonne gestion de l'Allemand Schäuble au Français Sapin“.

28 Vgl. Gemeinsame Erklärung zum Deutsch-Französischen Ministerrat am 19. Februar 2014, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung Nr. 39/14 vom 19.2.2014;

29 Vgl. Le Monde vom 17.1.2014, S. 3: « Energie: le couple franco-allemand ne va pas de soi“.